

Richtfest bei Versorgungsbetrieben

Zwölf-Millionen-Investition: Neubau in Kronshagen soll im März bezugsfertig sein



Kronshagen. Mit einem lauten Klirren zerschellte um 11.09 Uhr das Schnapsglas von Bauleiter Sven Kroglowski auf dem Betonboden des neuen Verwaltungsgebäudes der Versorgungsbetriebe Kronshagen (VBK). Mit dem Richtspruch wünschte er dem neuen Gebäude, in das die Gemeinde rund zwölf Millionen Euro investiert, Glück und Segen bis unters Dach.

Das Ende nicht zumutbarer Arbeitsplätze naht

VBK-Geschäftsführer Joachim Kledtke freute sich beim Richtfest vor mehr als 40 Gästen über das erreichte Etappenziel. „Der von den Mitarbeitern lang ersehnte Neubau kommt auf die Zielgerade“, sagte er. Damit sei die Zeit nicht zumutbarer Arbeitsplätze in absehbarer Zeit beendet. Mit der Fertigstellung des Baus und dem Umzug rechne er im März 2023. Gegenüber den ursprünglichen Planungen verzögere sich die Fertigstellung um gut einen Monat. „Ich werde wohl auch noch mein neues Büro beziehen müssen“, sagte Kledtke, der Ende Juli 2023 in den Ruhestand geht, mit einem Augenzwinkern. Geplant wurden die Gebäude in der Claus-Sinjen-Straße von den Architekten Naiara Iturbe und Götz Gundlach vom Kieler Büro B2K. Neben ihnen dankte Kledtke allen Bauschaffenden für ihre Arbeit.

„In der Kommunalpolitik müssen Kompromisse gefunden werden, das haben wir auch hier geschafft, und das Ergebnis ist gut und wird allgemein auch so empfunden“, sagte Bürgervorsteher Bernd Carstensen. Am Anfang der Planungsphase hatte es Proteste vor allem der Anlieger gegeben, die aufgrund der grenznahen Bebauung und der geplanten Höhe befürchteten, dass ihre Grundstücke verschattet werden. Im Ergebnis wurde umgeplant. Die Gebäude sind weniger hoch und haben einen größeren Abstand zu den Grundstücksgrenzen. Um rund 20 Prozent sei die Gesamtgebäudegröße gegenüber den ursprünglichen Planungen reduziert worden, sagte Architekt Joachim Lenschow. Der Bau sei zudem energieeffizienter gestaltet worden.

Der ursprüngliche Kostenrahmen von zehn Millionen Euro musste um 20 Prozent erhöht werden. Als Gründe wurden gestiegene Lohnkosten und höhere Materialpreise genannt.